

Privatisieren die Europäer zuviel?

Über 170 Milliarden Mark sollen internationale Anleger für den Kauf von Aktien westeuropäischer Unternehmen lockermachen, die bislang noch in Staatshand sind. So hoch ist der geschätzte Gesamtwert aller Staatsunternehmen, die



Telekom-Vermittlungsstelle

nach den Plänen der Regierungen in Westeuropa in den nächsten Jahren privatisiert werden sollen. Wertvollster dieser Staatsbetriebe ist die Deutsche Telekom; sie soll von 1996 an teilprivatisiert werden (erwarteter Verkaufserlös für 50 Prozent: 25 bis 30 Milliarden Mark). In Italien und Frankreich, den Ländern mit traditionell starkem Staatssektor, stehen jeweils mehr als ein Dutzend staatseigener Großunternehmen zur Privatisierung an – darunter vor allem Banken, Versicherungen, Energie- und Stahlkonzerne. Investmentbanker warnen nun, daß die Finanzmärkte überlastet werden, wenn die Regierungen ihre Verkaufssaktionen ohne einen aufeinander abgestimmten Privatisierungs-Fahrplan starten.

Alt-Manager für den Osten

Etlliche westdeutsche Unternehmen haben nun doch noch ihr Herz für die neuen

Bundesländer entdeckt: Sie schieben überflüssige Manager in den Osten ab. Seit gut zwei Jahren gibt es ein Programm des Wirtschaftsministeriums, mit dem Manager der mittleren Ebene zur Aufbauhilfe in den Osten gelockt werden sollen. 50 Prozent des Gehalts mußte zunächst der bisherige Arbeitgeber tragen, 20 Prozent das Ostunternehmen, 30 Prozent übernahm der Bund. Beabsichtigt war, jüngeren Managern die Chance zur Bewährung an einer schwierigen Aufgabe zu geben. In zwei Jahren wurden aber nur etwa 20 meist ältere Fachleute vermittelt, die Hälfte davon Pensionäre. Erst als der Staat im April seinen Kostenanteil auf 50 Prozent erhöhte und den der Westfirmen auf 30 Prozent absenkte, stieg die Zahl der Bewerber sprunghaft an. Die Westfirmen erkannten die Chance, die in der Rezession überbesetzten Führungskader der zweiten und dritten Ebene mit Staatshilfe auszudünnen. Die angebotenen Manager sind zumeist gesetzten Alters. Nach dem Job in den neuen Ländern werden sie in den Ruhestand übergehen.

Zinskompromiß im Zentralbankrat

Nur mit Mühe einigte sich der Zentralbankrat der Bundesbank am vergangenen Donnerstag darauf, den Diskontsatz um einen halben und den Lombardsatz um einen viertel Prozentpunkt zu senken. Die Mehrzahl der 16 Ratsmitglieder, angeführt von Chefvolkswirt Otmar Issing, hatte gefordert, die Leitzätze wegen der miserablen Konjunkturlage doppelt so stark zu senken. Der künftige Präsident und heutige Vize Hans Tietmeyer unterstützte Issing, indem er mehrmals auf Zinssenkungen im Ausland verwies. Noch-Präsident Helmut Schlesinger blieb hart, weil ihm die Inflationsrate im Mai mit 4,2 Prozent immer noch zu hoch war und die Mark in den vergangenen Wochen gegenüber dem Dollar und den europäischen Währungen an Wert verlor. Daher senkten die Bundesbanker den Lombardsatz nur gering. Diesen Kompromiß lehnten am Ende nur noch zwei Landeszentralbank-Präsidenten ab.



John-Player-Anzeige „Hands“

Deutscher Flop in Cannes

Schlecht schnitten Deutschlands Werber beim Reklamefestival in Cannes ab: Nur 5 von 117 Cannes-Löwen gab es für die Deutschen, obwohl sie mit 291 Einsendungen drittgrößter Teilnehmer am Festival waren. In der Länder-Rangliste landete Deutschland noch hinter Brasilien. „Das zeigt nicht den Wert unserer Werbung – das ist politisch“, meinte Jochen Leisewitz, Creativ Director der Hamburger Agentur Lintas. „Nach Solingen und den anderen An-

schlagen fühlte man sich hier als deutsches Arschloch“, klagte ein anderer deutscher Teilnehmer. Beifall zollten die Cannes-Juroren der John-Player-Werbung „Hands“ von der deutschen Agentur Springer & Jacoby: ein ausgestreckter Mittelfinger gegen viele zum Hitlergruß erhobene Handflächen.

Chipkarte ersetzt Unterschrift

Der Postableger Telekom will für größere Sicherheit beim Faxen sorgen. Mit Hilfe einer speziellen Chipkarte soll es künftig möglich sein, die per Telefonleitung transportierten Botschaften zu verschlüsseln. Gleichzeitig dient die Plastikkarte (Trust Card) als elektronischer Ausweis. So kann verhindert werden, daß vertrauliche Schriftstücke in die falschen Hände geraten. Vor der bundesweiten Einführung will die Telekom die Trust Card in Stuttgart im Schriftwechsel zwischen Anwaltskanzleien und dem Oberlandesgericht ausgiebig erproben. Von September an können dort die Anwälte ihre Mahnbefehle direkt aus dem Personalcomputer an das zuständige Gericht übermitteln. Bei den mittels Trust Card gefaxten Unterlagen will das Gericht sogar die Unterschrift als rechtverbindlich anerkennen. Bislang müssen Anwälte noch vor Gericht erscheinen und gefaxte Anträge persönlich unterschreiben.



Schlesinger